

## Auf der Suche nach der gerechten Lösung

Zu: „Kippt die Gasumlage?“ und „Uniper wird Staatskonzern“, FR-Wirtschaft vom 21. und 22. September

### Die Rettung von Uniper geht nur über Steuern

Eine Umlage beinhaltet immer, dass Kosten auf mehrere Beteiligte zu verteilen sind. Doch die Bundesregierung hat keine Kosten, die zu verteilen wären! Mit-hin kann es auch keine Umlage geben. Wenn dennoch die Bundesregierung den Energieriesen Uniper rettet, geht das nur über Steuern. Steuern zu erheben macht sich nicht gut bei den bevorstehenden Landtagswahlen.

Mit dieser Erdgas-Zwangsabgabe sichern die Verbraucher Deutschlands auch Dividende und Einkommen der Aktionäre. Auch das ist ein Unding. Was gegebenenfalls gerichtlich zu klären wäre. Wenn stattdessen Uniper geordnet in den Konkurs ginge und der Bund den Konzern zum symbolischen Preis von einem Euro übernehme, würde Uniper ein Staatsunternehmen. Welcher keine Gewinne macht, sondern immer den Preis für Erdgas kundenfreundlich hält.

Jürgen Hempel, Lüneburg

### Nur ein Gaspreisdeckel wäre sozial gerecht

Schon eine Weile frage ich mich, was an der von der Regierungskoalition beschlossenen Gasumlage sinnvoll und gerecht sein soll. Die Entwicklung der Energiekosten ist eine direkte Folge von politischen Entscheidungen, und zahlen sollen dafür ausschließlich die Gaskunden. Entspannt zurücklehnen können sich Besitzer von teuren Eigentumswohnungen und neu gebauten Einfamilienhäusern mit Wärmepumpen in den Speckgürteln der Großstädte.

Selbstverständlich sind eine Umstellung auf erneuerbare Energien, Maßnahmen zur Gebäudedämmung und die Nutzung moderner Heizungssysteme wegen der Klimakrise notwendig. Dies ist jedoch kurzfristig nicht möglich und zudem mit hohen Kosten verbunden.

Die gestiegenen Gaspreise treiben nicht nur die Mieter in die Zahlungsunfähigkeit, son-

dern werden auch zu zahlreichen Insolvenzen von Unternehmen mit Verlust von Arbeitsplätzen führen. Sozial gerecht wäre ein Gaspreisdeckel für Privathaushalte zumindest bis zu einem bestimmten Grundverbrauch pro Person. Wer mehr verbraucht, zahlt danach den marktgerechten Preis. Auch für Unternehmen muss es dringend Unterstützung geben.

Finanziert werden kann das nur aus Steuermitteln und damit von der Gesellschaft. Bei der Bankenrettung war das anscheinend kein Problem. Was wir sofort bräuchten, wäre eine deutliche Erhöhung des Spitzensteuersatzes, damit auch diejenigen an der Bewältigung der Krise beteiligt werden, die es sich leisten können. Ulf Döbert, Steinbach

### Ich verstehe den Sinn dieser Umlage nicht

Ich versteh es nicht, was diese Umlage notwendig macht und wie sie berechnet wird. Als Politikwissenschaftler hielt ich mich bisher für in der Lage, politisch-ökonomische Zusammenhänge zu verstehen. Bei der Gas-Umlage gelingt es mir nicht. Und Nachfragen bei ehemaligen Kollegen haben mich in meinem Unverständnis bestätigt. Auch macht sich niemand aus Politik oder Medien bislang die Mühe, die Sache aufzu- oder zu erklären.

Geht man von einem Marktmechanismus aus, der in Deutschland ja existieren soll und von der FDP als Grundlage des Heils der Welt geschützt wird, dann würde ich annehmen, dass ein Lieferant seine Beschaffungskosten an die Kunden weitergibt. Das geschieht derzeit auf breiter Front, die Gaslieferanten erhöhen kräftigst die Preise. Welchen Sinn macht da die Gasumlage, die laut Ministerium irgendwelche Kosten – angeblich sogar „gerecht“ verteilen soll? Werden dadurch künftig entstehende Kosten etwa nicht weitergegeben, also die Gastarife durch Anrechnung der Umlage verbilligt („subventioniert“ ist das FDP-Reizwort da-

für)? Werden in der Vergangenheit entstandene Kosten von Unternehmen, die sich verkalkuliert haben, damit aufgefangen? Wenn letzteres zutrifft, warum beteiligte sich der Staat nicht gleich mit Krediten à la Lufthansa? Oder warum erhalten nicht die Gaskunden im Ausgleich für die Umlage Aktien der Unternehmen, die dadurch „gerettet“ werden, und profitieren damit an den in Kürze unvermeidlich wieder sprudelnden Gewinnen?

Damit würde wenigstens verhindert, dass die Energieunternehmen jetzt erstmal ihre Aktionäre mit den Gewinnen der Vergangenheit bedienen und Verluste (der Zukunft) mit „Umlagegeld“ ausgleichen.

Das sind nur so ein paar Gedanken. Ich bleibe dabei: Sinn und Notwendigkeit dieser „Umlage“ verstehe ich nicht, weder ökonomisch-systemisch noch von der Berechnungsbasis her.

Werner Dörr via FR-Blog

### Hoffentlich fliegt uns nicht alles um die Ohren

Heißwasser und Heizung stilllegen oder reduzieren geht nicht ohne schlimme Folgen. Salmo-nellen im Leitungssystem bei Temperaturen unter 80 Grad sind für Alte, Kranke, Säuglinge lebensgefährlich. Reduzierung ist verboten! Heizungsreduzierung wesentlicher Art führt zur Schimmelbildung. Bei minder gedämmten Gebäuden schon derzeit ständige Last. Dazu kommt, dass nahezu in jeder Wohnung Waschmaschine und Trockner laufen. Kleinstwäsche wird auch mal im Bad getrocknet. Wenn dann noch die aufs Rad Gewechselt im Herbst, Winter, Frühjahr mit nassen Klamotten nach Hause kommen, wo trocknen sie das?

Wir sollten die Gasspeicher füllen, dazu solange die Rüstung reduzieren, die Wirtschaft am Laufen halten. Bei drohender Massenarbeitslosigkeit fliegt uns alles um die Ohren. Die Wutbürger beherrschen wir dann nicht mehr. Werner Junghans, Frankfurt

Diskussion: [frblog.de/klimaserie](https://frblog.de/klimaserie)



### BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

#### Schreiben Sie an:

Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

#### Mailen Sie an:

[Bronski@fr.de](mailto:Bronski@fr.de) oder  
[Forum@fr.de](mailto:Forum@fr.de)

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

### ZUSCHRIFTEN ONLINE

**Alle Stimmen** dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Sie finden die meisten als Kommentare in der Diskussion zur Frage, wann die sozialökologische Revolution endlich komme, unter [frblog.de/klimaserie](https://frblog.de/klimaserie)

Die Zuschrift zu Uruguay finden Sie auch unter

[frblog.de/f20220926](https://frblog.de/f20220926)

Außerdem laufen im FR-Blog Diskussionen über die Wagenknecht-Rede im Bundestag, in die unverschämte russische Propaganda eingeflossen sein soll, und über den Ukrainekrieg und die Frage, ob die Ukraine sich wird behaupten können. Übersicht unter [frblog.de](https://frblog.de)

## CO<sub>2</sub>-intensiv nach Sylt

Zu: „Mobilität für alle“, FR-Meinung vom 20. September

Herr Lindner (FDP) hat gewarnt, durch günstige Tickets würden „CO<sub>2</sub>-intensive Freizeittouren“ also „provokiert“. Ein d... Argument! (Wahlweise „durchdachtes“ oder „dämliches“ einsetzen, je nach eigener „Ideologie“!) Von solchen „CO<sub>2</sub>-intensiven Freizeittouren“ können wir hier am Lotter Autobahnkreuz auch ein Lied singen: Am Freitagnachmittag rauf zur Nordsee und am Sonntagnachmittag zurück und bei Staus durch unseren Ort.

Viele „CO<sub>2</sub>-intensive Freizeittouren“ entstehen, wenn man nicht in seinem Heimatort, sondern in einem schicken Badeort heiratet, weil man sich für etwas Besseres hält. (Achtung! Sozialneidverdacht!) Wo kämen wir hin, wenn dort jeder Hinz und Kunz mit einem Neun-Euro-Ticket aufkreuzen würde!

Eine Flüchtlingsfrau erzählte mir voller Freude, dass sie mit ihrer Tochter in den Sommerferien erstmals Urlaub gemacht habe: Tagesfahrten mit dem Neun-Euro-Ticket nach Münster und Bremen!

Liegt die FDP eigentlich immer noch über fünf Prozent? Das muss dann wohl daran liegen, dass sich mehr als fünf Prozent der Bevölkerung für etwas Besseres halten. Friedel Glüder, Lotte

## Der Mief der 90er Jahre

AKW-Laufzeiten: „Kein Blackout“, FR-Meinung vom 7. September

Joachim Willes Leitartikel kann ich völlig zustimmen, besonders dem Hinweis, wie seit 2010 der Ausbau der Erneuerbaren von der schwarz-gelben Koalition ohne Not ausgebremst wurde. Es ist nicht nur erstaunlich, wie wenig sich Politiker wie Merz, Söder und Lindner dafür verantwortlich fühlen, sondern auch, wie sie sich an ihre ablehnende Haltung zur Kernenergie nach Fukushima nicht mehr erinnern können. Bei diesem Thema wie auch teilweise beim Thema Ukraine spüre ich einen Subtext rückwärts orientierter Politiker dieses Schlages: Nach jahrelangem Erleiden der Sozialdemokratisierung der CDU durch Merkel kann Mann jetzt die ungeliebten roten Socken und Grünversifften vorführen.

So war Merz' „Dank“ für Olaf Scholz' Rede von der Zeitenwende vergiftet mit dem Hinweis darauf, wie erfreulich es ist, dass selbst die Sozialdemokraten nun lernten, dass man mit Kerzenanzünden und Händchenhalten keine Außenpolitik machen kann. Jetzt sollte der zu recht beliebte Grüne Robert Habeck vorgeführt werden und seine Wähler:innen verprellen. Da spielen sachliche Argumente keine Rolle, solange die Kernenergie als Keule für diesen Zweck zu gebrauchen ist. Und immer wieder wird deutlich, wie das Denken dieser Herren vom Mief der 90er Jahre geprägt ist.

Hans-Hermann Büchsel, Heidelberg

## Mit kluger Politik und Weitsicht

Uruguay: „Kleines Land ganz groß“, FR-Wirtschaft vom 29. August

Herr Ehringfeld hätte in seinem interessanten Beitrag über die Vorreiterrolle Uruguays beim Ausbau erneuerbarer Energie auch auf die bemerkenswerte demokratische Entwicklung dieses Landes hinweisen können, die diese Vorreiterrolle möglich gemacht hat. Immerhin wurde das Land, das sich schon 1828 für unabhängig erklärte, bereits 1900 eine Demokratie und schon seit 2011 zu einem fortschrittlichen Sozialstaat.

In den letzten Jahrzehnten war die positive Entwicklung im Wesentlichen einem schon legendären Präsidenten zu verdanken: Alberto Mujica Cordano, genannt El Pepe und geboren 1935, kämpfte in der Stadtgue-

rilla gegen eine Militärdiktatur, die sich 1972 nach einer Wirtschaftskrise für über ein Jahrzehnt an die Macht geputscht und ihn für 14 Jahre ins Gefängnis gesteckt hatte. Nach der Wiedereinführung der Demokratie wurde der linke ehemalige Blumenzüchter Mujica 2009 mit 74 Jahren zum zweiten Präsidenten gewählt und hat dann politisch Erstaunliches umgesetzt, vor allem liberale Bürgerrechtsgesetze. Er hat die Abtreibung entkriminalisiert, die Homo-Ehe eingeführt, Marihuana legalisiert und entlassenen US-Häftlingen aus Guantánamo Asyl gewährt. Da die uruguayische Verfassung dem Präsidenten eine direkte Wiederwahl verbietet, hat er mit

79 aufgehört, züchtet wieder Blumen, fährt noch immer seinen alten VW Käfer und verzichtet auf einen großen Teil seiner Pension. Durch seine kluge Politik hat er nicht nur die Demokratie weitergebracht, sondern auch erreicht, dass die nächste eher konservative Regierung seine Politik weiterführte.

Uruguay geht es im Verhältnis zum übrigen Südamerika gut. Die Wirtschaft wächst, die Armut sinkt. Das Land erscheint immun gegen die Krisen des übrigen Südamerikas. So hat der Linke El Pepe bewiesen, dass ein demokratischer Sozialismus Erfolg haben kann, wenn er die richtigen Kompromisse findet.

Hans-Jürgen Gratz, Friedrichsdorf

### SORRY

Im FR7 vom Wochenende 24./25. September haben wir auf Seite 11 eine Büste von Karl Marx abgebildet und im dazugehörigen Bildtext geschrieben, dieses Idol stehe in Trier. Richtig ist, dass der abgebildete Kopf sich in Chemnitz befindet und ein ursprünglich vorgesehenes Foto ersetzt – leider ohne dass der Bildtext angepasst wurde.